ACATIS

BERICHT ZUR LAGE DER WIRTSCHAFT

01/2026

Die Dominanz des Politischen für die Wirtschaft

Exklusiver Bericht für ACATIS Investment: Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld, Universität Freiburg und Walter Eucken Institut

Es ist noch nicht lange her, dass im Zuge der Globalisierung die politische Bedeutung multinationaler Konzerne überhöht wurde. Multinationals würden die Entscheidungen nationaler Regierungen dominieren, ihnen sogar Gesetzentwürfe diktieren und sie zu Marionetten degradieren. Diese Kritik kam nicht selten von interessierten Kreisen, die mit ihren Regierungen gesellschafts-, sozial- oder verteilungspolitisch unzufrieden waren. Aus diesem Denken entstand nicht zuletzt das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz: Wenn Konzerne schon so mächtig sind, dann können sie gegenüber den Staaten, in denen sie aktiv sind, die moralisch begründbaren gesellschaftspolitischen Vorstellungen Europas doch wohl durchsetzen.

Wie sehr diese Karikatur an der Realität vorbeigeht, ließ sich schon zu Zeiten der Corona-Pandemie erkennen, als ganze Volkswirtschaften ihre Wirtschaftsaktivität aufgrund staatlicher Vorschriften einstellen mussten. Noch deutlicher wird dies seit der Intensivierung geopolitischer Rivalitäten zwischen dem Westen und der chinesisch-russischen Achse sowie innerhalb dieser keinesfalls monolithischen Blöcke.

Der Auftakt des Jahres 2026 lässt eine neue Qualität dieser Rivalitäten erkennen. Nach der Verhaftung Nicolás Maduros durch das amerikanische Militär in Caracas und die Unruhen im Iran, die bis zu einem Sturz des Ayatollah-Regimes führen können, verschieben sich die internationalen Kräfteverhältnisse wieder stärker. Hinzu kommen eine Intensivierung des Krieges in der Ukraine und die militärischen Eingriffe Saudi-Arabiens im Südjemen. Russland nimmt derweil eine strategische Position in Madagaskar ein; China intensiviert seine militärische Präsenz in der Straße von Taiwan und setzt neue scharfe Sanktionen für Dual-use Güter gegen Japan ein.

Immer spielen dabei wirtschaftliche Gesichtspunkte, bis hin zur Sicherung von Seewegen, eine Rolle. Im Vordergrund stehen jedoch strategische Zielsetzungen. So verspricht der Zugang zu den venezolanischen Ölreserven zukünftig zwar nennenswerte Erträge für amerikanische Unternehmen. Bis es so weit ist, müssen jedoch milliardenschwere Investitionen in die Ölförderung getätigt werden. Vielmehr sichert der Zugang zu den venezolanischen Ölreserven die amerikanische Dominanz gegenüber Russland, dem Iran und China. Russland würde bei einem deutlich niedrigeren Ölpreis Schwierigkeiten haben, den Krieg in der Ukraine zu finanzieren, während das Regime in Teheran noch näher an sein Ende rückt, als ohnehin in diesen Tagen schon. China würde hingegen in noch stärkere Abhängigkeit von den russischen Lieferungen geraten.

Wenn eine politische Lehre seit dem Zweiten Weltkrieg den Herausforderungen der Realität standhielt, dann ist es die Tatsache, dass die USA niemals unterschätzt oder gar abgeschrieben werden dürfen. Bislang vermochte es keine Weltmacht – weder die Sowjetunion noch China – die Dominanz der USA zu durchbrechen. Ähnliches gilt wirtschaftlich; immer wieder wurden verfrühte Abgesänge auf die amerikanische Entwicklungsfähigkeit eines Besseren belehrt. Weder Japan noch China konnten, zumindest bislang, die amerikanische Anpassungs- und Innovationsfähigkeit übertrumpfen. Dies gilt umso mehr für die Europäische Union (EU), die weit davon entfernt ist, den USA sicherheitspolitisch und ökonomisch auf Augenhöhe zu begegnen.

Die amerikanische Dominanz basiert auf der Einsicht, dass wirtschaftliche Stärke die Voraussetzung für weltpolitische Stärke ist. Die Diskussionen in der EU, insbesondere in Deutschland und Frankreich, eine größere sicherheitspolitische Unabhängigkeit und Souveränität von den USA anzustreben, bleibt solange im Ungefähren, wie es den Europäern nicht gelingt, sich wirtschaftlich stärker aufzustellen. Wesentlich ist die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Volkswirtschaften. Dies lässt sich nicht durch noch intensivere Staatseingriffe in die Märkte erreichen, sondern nur über bessere Rahmenbedingungen für private Investoren. Ansonsten werden Innovationen, selbst wenn sie auf Ideen basieren, die in europäischen Forschungseinrichtungen entwickelt wurden, weiterhin stärker in den USA umgesetzt werden.

Die Nachteile ihrer relativen Schwäche gegenüber den USA sehen die europäischen Staaten nicht nur im Zollstreit, sondern jüngst in der Grönland-Frage. Die USA begegnen den europäischen Partnern hier keineswegs auf Augenhöhe. Und es wäre eine Fehleinschätzung zu meinen, dass dies letztlich nur mit dem aktuellen amerikanischen Präsidenten zu tun hätte. Europa gilt den USA über beide politischen Lager hinweg nur als Juniorpartner.

Die neue Weltordnung, deren Entstehung wir gerade beobachten dürfen, bietet – was sonst? – Chancen und Risiken für die Wirtschaft. Die Verschiebung der Kräfteverhältnisse birgt das Risiko bewaffneter Auseinandersetzungen und eröffnet die Chance für neue Investitionen. Gelingt es den Mächtigen, dieses Risiko zu beherrschen, können die Chancen überwiegen. Das Jahr 2026 wird dafür ein entscheidendes sein.

Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld